Aktenfundgrube ebay

Dokumente des Reichsversicherungsamts wieder im Haus Reichpietschufer 50

Von Christoph Albrecht



Christoph Albrecht [Foto: David Ausserhofer]

Christoph Albrecht, geboren 1950 in Künzelsau/Württemberg, Diplom-Volkswirt, ist als wissenschaftlicher Mitarbeiter Stellvertreter des Geschäftsführenden Direktors des Forschungsschwerpunkts Arbeit, Sozialstruktur und Sozialstaat. Studium der Volkswirtschaftslehre und Soziologie an der Universität Tübingen und der TU Berlin, wissenschaftlicher Mitarbeiter im WZB, Redakteur bei der „tageszeitung" und wissenschaftlicher Mitarbeiter im Studiengang „Journalisten-Weiterbildung" an der FU Berlin, seit 1990 wieder am WZB.

Akten wälzen, Daten erheben und auswerten gehört seit jeher zum täglichen Brot der Beschäftigten im Gebäude am Reichpietschufer 50. Der Altbau des WZB war von 1894 bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs Kopfbau des weitläufigen Gebäudeensembles des Reichsversicherungsamts, das 1884, mit Einführung der Unfallversicherung initiiert durch Reichskanzler Bismarck, begründet worden war. Es hatte Aufgaben der Rechtsprechung und Rechtsetzung, der Aufsicht über die Sozialversicherungsträger, aber auch der Verteilung der Rentenlast.

Hier schlichteten Beamte und Richter höchstinstanzlich Streitigkeiten über Versicherungsfragen und Rentenansprüche und entschieden so oft auch über das materielle Wohlergehen der Kläger. Heute betreiben in diesem Gebäude und in den von Sir James Stirling in den 1980er Jahren für das WZB neu konzipierten ergänzenden Gebäuden (siehe WZB-Mitteilungen 103, S. 62–63) rund 100 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung und vermitteln die Ergebnisse an Wissenschaft und Praxis.

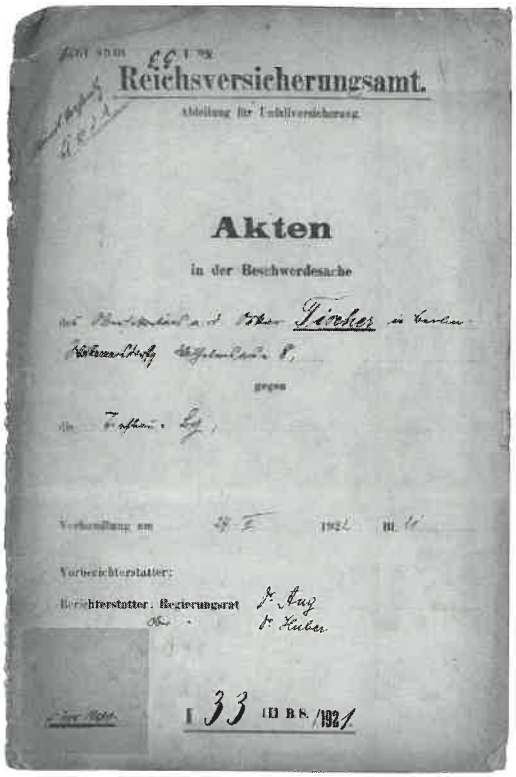
Wer sich für die Geschichte des Hauses interessiert, mag fragen, was eigentlich aus den Unmengen von Akten geworden ist, die bis 1945 im Reichsversicherungsamt bearbeitet wurden. Mit den Möglichkeiten des Internets lag die Idee nahe, einmal in der bunten Warenwelt von ebay nach Dokumenten zu stöbern. Und tatsächlich gab es ein Angebot: Mehrere Akten aus den Jahren 1921/1922 und eine Akte aus dem Jahr 1937 waren zu ersteigern. Sie enthielten meist Beschwerdeschreiben von Angestellten gegen ihre Berufsgenossenschaften, etwa der Brauer und Mälzer, der Töpfer oder der Fuhrwerksunternehmer. So brachte der große Marktplatz ebay nach vielen Jahrzehnten die Akten dahin zurück, wo sie einst entstanden waren.

Auch die unmittelbare Vorgeschichte des Aktenfunds ließ sich rekonstruieren. Nachdem ich zu der Verkäuferin Kontakt aufgenommen hatte, schrieb sie in einer E-mail: „Ich hatte Anfang der 80er Jahre auf einem Flohmarkt in Recklinghausen zwei Umzugskartons mit Akten des Reichsversicherungsamts etc. gekauft – woher die Akten im Einzelnen stammen, ist mir nicht bekannt. Ursprünglich wollte ich alle Akten einmal durchstöbern, doch irgendwann gerieten sie in Vergessenheit. Nun nach mehr als 20 Jahren Aufbewahren habe ich mich entschlossen, die Akten über ebay einer interessierteren Klientel anzubieten. Im Übrigen habe ich noch mehr als 300 Akten."

Heute können wir anhand der dokumentierten Vorgänge sehen, wie sich politische Ereignisse auch im Auf und Ab von Arbeitsbiographien widerspiegeln. So dokumentieren die Beschwerden aus der „Abteilung für Unfallversicherung" aus den Jahren 1921/1922, dass Angestellte aller Gehaltsgruppen – sei es ein Verwaltungsdirektor, ein Geschäftsführer, ein (Ober-)Sekretär, ein Kanzlist oder eine Büroassistentin – erhebliche Schwierigkeiten hatten, nach dem Ersten Weltkrieg wieder in das zivile Leben zurückzukehren und an die erworbenen Gehaltsansprüche anzuknüpfen. Streitpunkte waren Regelungen, die sich auf Auswirkungen des Kriegsdienstes bezogen – „Antrag auf Nachzahlung von Gehaltsteilen für die Zeit meiner Kriegsdienstleistung" (eingereicht am 29. Dezember 1920), Unklarheiten mangels entsprechender Gesetze in der 1919 gegründeten Weimarer Republik (eingereicht am 8. Juni 1921), aber auch Auseinandersetzungen um die Anpassung von Gehältern angesichts der sich beschleunigenden Geldentwertung (eingereicht am 18. Oktober 1921).

Ein Obersekretär stellte im Oktober 1920 einen Antrag „auf Gehaltsnachzahlung von 3.725 Mark seitens der Knappschafts-Berufsgenossenschaft für die Dauer der Teilnahme am Kriege". Die „Dauer der militärischen Einberufung" war vom 15. Juli 1915 bis 24. Dezember 1918. Die Bearbeitung im Reichsversicherungsamt zog sich hin, so dass im März 1922 der ihn vertretende „Verband der Beamten und Angestellten der Reichsunfallversicherung" an das Reichsversicherungsamt schrieb: „Der Beschwerdeführer bittet dringend, die Angelegenheit (...) nunmehr recht bald zur Entscheidung bringen zu wollen. Wir können uns diesem Wunsche nur anschließen, weil die gegenwärtigen Teuerungsverhältnisse die Erledigung vermögensrechtlicher Ansprüche mit größter Beschleunigung geboten erscheinen lassen." Am 31. Oktober 1922 zog er seine Beschwerde zurück, „... weil eine günstige Entscheidung nicht zu erwarten ist".

Ebenfalls von der eingetretenen Inflation betroffen, wenn auch auf einem anderen Gehaltsniveau, schrieb ein Verwaltungsdirektor:


Reichsversicherungsamt.
Abteilung für Unfallversicherung
Akten
in der Beschwerdesache
gegen
Verhandelt am
Vorsitzender:
Berichterstatter: Regierungsrat
I 33 RVA./1921

„Seit dem 1. Oktober 1921 haben sich die Verhältnisse aber so gewaltig verändert, dass es mir trotz besten Willens nicht mehr möglich ist, mit meinen Gehaltsbezügen auch nur einigermaßen auszukommen und habe ich auch schon meine früheren Ersparnisse völlig zugesetzt", so der Geschäftsführer der Fuhrwerks-Berufsgenossenschaft, und er fährt fort: „Ich bitte das hohe Reichsversicherungsamt dafür Sorge zu tragen, dass mir ein menschenwürdiges Auskommen von seiten der Berufsgenossenschaft bewilligt wird, damit man nicht alle Lust und Liebe zur Arbeit verliert". Die Akte endet am 11. Dezember 1922 – in diesen 15 Monaten stieg der Index der Lebenshaltung von 15 auf 685, der Preis für einen Dollar von 35,76 auf 1807 Reichsmark. Am 8. August 1922 hatte der Verwaltungsdirektor übrigens dem Reichsversicherungsamt geschrieben: „ … beehre ich mich ergebenst zu berichten, dass der Vorstand der Fuhrwerks-Berufsgenossenschaft meine Ansprüche im Wege des Vergleichs nunmehr befriedigt hat. Demzufolge ziehe ich meine Beschwerde zurück."

Nur 16 Jahre später, aber doch in einer anderen Epoche, ist es ein österreichischer Oberst a.D., der in seinem Einspruchsverfahren – das jetzt an die neue Adresse „Tirpitzufer 52" zu adressieren war – die Nachzahlung von 14 Monatsraten Ruhegeld für die Zeit von Februar 1937 bis März 1938 verlangte. Er war im Juli 1932 in Deutschland arbeitslos geworden und im September 1933 nach Wien übergesiedelt. Dies verschaffte ihm nach seiner Ansicht einen Anspruch auf Ruhegeld, das ihm auch im Ausland zustehe. In den ersten beiden Instanzen war ihm dies verweigert worden, weil er nach seinem Umzug nach Österreich „dem deutschen Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehe".

Durch die Annexion Österreichs durch Hitler kam er doch noch zu seinem Ziel, wenn auch nicht für den beantragten Zeitraum. „Im Namen des deutschen Volkes!" wurde in dem Ablehnungsbescheid dargelegt: „Bis zum 13. März 1938 war Österreich Ausland, da das Wiedervereinigungsgesetz vom 13. März 1938 nicht zurückwirkt. (…) Der infolge der Wiedervereinigung Österreichs mit Deutschland eingetretenen veränderten Rechtslage hat die Beklagte Rechnung getragen und dem Kläger ab 1. März 1938 das Ruhegeld für die Dauer seiner Arbeitslosigkeit wieder gewährt."

Nicht nur die politischen Zeitläufte, auch der technologische Wandel wird sichtbar: Während die Akten aus den 1920er Jahren noch überwiegend in Sütterlin-Schrift – sogar bei den Vordrucken – geschrieben waren, ist die Akte aus den 30er Jahren überwiegend in Maschinenschrift geschrieben, und es sind schon einige Fotokopien eingeheftet. Aber es bedurfte der Entwicklung des Internets, dass – vermittelt durch die Versteigerungs-Plattform von ebay – die Akten im Jahr 2004 in das Gebäude „Reichpietschufer 50" zurückfanden, aus dem sie einst mit dem Absender „Kaiserin-Augusta-Straße 25–27" (1867–1933) bzw. „Tirpitzufer 52" (1933–1947) zur Post getragen worden waren.

Summary

Files auctioned via ebay

From 1894 to the end of World War II the historical part of the WZB buildings housed the headquarters of the Imperial Insurance Agency, which had been founded in 1884 after the introduction of accidence insurance by *Reich* Chancellor Bismarck. Via ebay several files of the Imperial Insurance Agency dating from 1921/22 and 1937 were obtained at an auction. The documents show how political events are reflected by the ups and downs of work biographies. The seller had bought them in the 1980s on a flea market. After decades they now returned to their place of origin.


Am WZB-Altbau, dem ehemaligen Reichsversicherungsamt [Foto: Cordia Schlegelmilch]